

Abfallreglement, Änderung betreffend Dienstleistungen ausserhalb des Monopolbereichs
Beschluss; Direktion Umwelt und Betriebe

1. Ausgangslage

Nach bisher geltendem Bundesrecht liegt das Entsorgungsmonopol für Siedlungsabfälle aus Haushalten und Unternehmen bei der öffentlichen Hand. Entsprechend hat die Abfallbewirtschaftung der Gemeinde Köniz seit vielen Jahren ihre Dienstleistungen erbracht und dafür Abfallgebühren erhoben.

Das Entsorgungsmonopol der öffentlichen Hand für Siedlungsabfälle gemäss Art. 31b des Umweltschutzgesetzes vom 7. Oktober 1983 (USG) wurde aufgrund des parlamentarischen Entscheids zur Motion Fluri vom Bund auf Verordnungsstufe angepasst. Mit der am 1. Januar 2019 in Kraft tretenden Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA) wurde der Begriff „Siedlungsabfall“ neu definiert.

Ab dem 1. Januar 2019 gelten demnach nur noch als Siedlungsabfälle:

- aus Haushalten stammende Abfälle sowie
- Abfälle aus Unternehmen mit weniger als 250 Vollzeitstellen, deren Zusammensetzung betreffend Inhaltsstoffen und Mengenverhältnissen mit Abfällen aus Haushalten vergleichbar ist (Art. 3 Bst. a VVEA).

Dementsprechend sind alle Abfälle aus Unternehmen mit schweizweit 250 und mehr Vollzeitstellen keine Siedlungsabfälle mehr. Darin eingeschlossen sind auch alle Unternehmen, mit zum Teil vielen, kleinen Filialen an verschiedenen Standorten. Alle in diesen Unternehmen anfallenden Abfälle sind als „übrige Abfälle“ bzw. als Abfälle ausserhalb des Entsorgungsmonopols zu qualifizieren und müssen vom Inhaber entsorgt werden. Diese Abfälle fallen folglich nicht mehr unter das Entsorgungsmonopol und den Entsorgungsauftrag der Gemeinde und dürfen deshalb auch nicht mehr über die Abfallgebühren finanziert werden. Ab dem 1.1.2019 sind Unternehmen mit schweizweit 250 und mehr Vollzeitstellen für die Entsorgung und Finanzierung all ihrer Abfälle selber verantwortlich.

Den Gemeinden mit einem eigenen Entsorgungsbetrieb steht es allerdings offen, als Teilnehmer des freien Marktes am Wettbewerb zur Entsorgung von Abfällen ausserhalb des Monopols teilzunehmen. Dazu ist es notwendig, dass die Entsorgung von Markt- und Monopolabfall buchhalterisch klar getrennt wird. Es muss sichergestellt werden, dass der Marktbereich nicht systematisch durch Abfallgebühren aus dem Monopolbereich quersubventioniert wird.

2. Konsequenzen der Neudefinition, Teilnahme am freien Wettbewerb

In der Gemeinde Köniz sind Unternehmen an rund 100 Standorten von der Neudefinition betroffen. Diese dürfen ab 1.1.19 ihre Abfälle nicht mehr der ordentlichen Abfuhr der Gemeinde übergeben. An diese Unternehmen darf die Gemeinde insbesondere keine Grundgebühr mehr verrechnen. Der Gebührenausschlag (Grund- und Mengengebühren) wird für die Gemeinde Köniz auf 90'000.- CHF bis 165'000.- CHF pro Jahr geschätzt. Dies macht ca. 2 bis 3% der heutigen Gebühreneinnahmen aus.

Für die Abfallbewirtschaftung sind die Veränderungen nicht einschneidend. Der Gebührenausschlag sowie der Ausfall an Wertstofflös (Papier/Karton) kann kurzfristig kompensiert werden. Aufgrund der Anpassung des Entsorgungsmonopols ist deshalb kurzfristig keine Gebührenerhöhung notwendig.

Für Unternehmen mit grossen Filialen resp. Standorten in der Gemeinde stellt die Neudefinition keine grosse Herausforderung dar. Viele Unternehmen entsorgen ihre Abfälle heute schon in grossen Presscontainern und nicht über die Abfuhr der Gemeinde. Insbesondere Unternehmen mit einem professionellen Logistiksystem wie z.B. Migros und Coop können ihre Abfälle ökologisch und ökonomisch entsorgen.

Unternehmen mit kleinen Filialen wie z.B. Kiosk, Banken oder Versicherungen, die nicht durch den Konzern versorgt werden, stellt die Neudefinition vor grosse Herausforderungen. Für diese kann es aufwändig und teuer sein, eine eigene Entsorgung zu organisieren.

Die Abteilung Umwelt und Landschaft möchte diesen Filialen eine Möglichkeit bieten, ihre Abfälle weiterhin unkompliziert, ökologisch und ökonomisch durch die Gemeinde entsorgen zu lassen. Dazu soll der Dienstzweig Abfallbewirtschaftung und Deponie die formell rechtliche Grundlage erhalten, am freien Wettbewerb teilzunehmen.

3. Teilrevision des Abfallreglements

Damit eine rechtliche Grundlage zur Entsorgung von Abfällen ausserhalb des Monopols vorliegt, muss das Abfallreglement der Gemeinde Köniz mit einem Artikel ergänzt werden. Der von der Fachstelle Recht überarbeitete Entwurf liegt als Beilage 1 diesem Antrag bei.

4. Umsetzung der Abfuhr von Abfällen ausserhalb des Monopolbereichs

Die Abfälle ausserhalb des Entsorgungsmonopols sollen weiterhin auf den heutigen Sammel-touren, zusammen mit den Monopolabfällen gesammelt und entsorgt resp. einer Verwertung zugeführt werden. Ziel ist es nicht, grosse Unternehmen aktiv zu akquirieren, sondern ein marktfähiges Angebot für kleine Filialen zu schaffen. Mit den interessierten Betrieben wird einzeln ein privatwirtschaftlicher Vertrag abgeschlossen.

Die Finanzierung der Abfuhr von nicht-monopol Abfällen wird sich aus einer jährlichen Service-pauschale und einer Mengenabgeltung zusammensetzen. Die genaue Ausarbeitung des Finan-zierungsmodells erfolgt im Herbst/Winter 2018. Für die Festlegung des Finanzierungsmodells und der Tarife ist die Abteilung Umwelt und Landschaft zuständig. Anschliessend wird das An-gebot den ortsansässigen Filialen unterbreitet.

Zur buchhalterischen Trennung von Monopol- und Nicht-Monopolabfuhr werden zusätzliche Konten für die Abrechnung der Abfuhr von Abfällen ausserhalb des Monopols eröffnet. Erträge, die direkt diesen Abfällen zugewiesen werden können (z.B. Servicepauschale), werden direkt verrechnet. Aufwände wie Personal- und Sachkosten werden mittels interner Verrechnung nach einem Verteilschlüssel verbucht.

Ziel ist es, die Abfuhr von Nicht-Monopolabfällen so zu gestalten, dass sowohl für die Kunden wie auch für die Verwaltung möglichst wenig zusätzlicher Aufwand entsteht.

5. Folgen bei Ablehnung

Sollte die Ergänzung im Abfallreglement abgelehnt werden, ist die Gemeinde von der Entsorgung von Abfällen ausserhalb des Monopolbereichs ausgeschlossen. Dies hat vor allem für kleine Filialen (Kiosk, Banken, etc.) Konsequenzen und erschwert die korrekte Erfüllung der Entsorgungsaufgabe der Gemeinde.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Änderung des Abfallreglements vom 20. August 2001 wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
2. Der Gemeinderat bestimmt das Datum des Inkrafttretens dieser Änderung

Köniz, 19. September 2018

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Entwurf Teilrevision Abfallreglement Artikel 7a

Abfallreglement (Änderung, Entwurf)

Das Abfallreglement vom 20. August 2001 wird wie folgt geändert:

Gliederungstitel vor Art. 1: Unverändert

Art. 1 bis Art. 7

Unverändert

Art. 7a (neu)

Dienstleistungen
ausserhalb des
Monopol-
bereichs

- 1 Die zuständige Abteilung kann ausserhalb des Entsorgungsmonopols Dienstleistungen zur Verwertung und Entsorgung von Graugut und Wertstoffen anbieten.
- 2 Diese Dienstleistungen dürfen die Aufgaben im Bereich des Entsorgungsmonopols nicht beeinträchtigen.
- 3 Die zuständige Abteilung setzt den Preis dieser Dienstleistungen nach den Bedingungen des Marktes fest und gibt die Ansätze bekannt. Diese Dienstleistungen müssen insgesamt mindestens kostendeckend erbracht und dürfen nicht mit Erträgen aus dem Entsorgungsmonopol verbilligt werden.

Alles Weitere: Unverändert